

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	89
		TOP:	7
	Verhandlung	Drucksache:	613/2017
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	18.09.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / fr		
Betreff:	Förderung von öffentlich zugänglichen Kindertageseinrichtungen und Betriebskindertagesstätten - Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse 2016/2017		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 28.08.2017, GRDs 613/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Erhöhung der Personalkostenförderung bei kirchlichen Einrichtungen von 85 % auf 86,25 % ab 01.01.2014 wird zugestimmt.
2. Der Erhöhung der Personalkostenförderung bei kirchlichen Einrichtungen von 86,25 % auf 90 % ab 01.01.2016 wird zugestimmt.
3. Der Einführung einer Verwaltungskostenpauschale bei allgemein zugänglichen Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2.000 € pro Gruppe für Träger mit 1 - 9 Gruppen und 1.700 € pro Gruppe für Träger mit 10 - 50 Gruppen) ab 01.01.2016 wird zugestimmt.
4. Der Erhöhung der Personalkostenförderung von Betriebskindertageseinrichtungen von 85 % auf 87,5 % ab 01.01.2016 wird zugestimmt.
5. Der 68 %-Förderung für tatsächlich gezahlte Mieten (max. 144 qm pro Gruppe, 10 €/qm Außenbezirke, 12 €/qm Innenstadt) für Betriebskindertageseinrichtungen am 01.01.2016 wird zugestimmt.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die bestehenden Fördergrundsätze (GRDrs 194/2014 Anlage 1 und Anlage 2) entsprechend fortzuschreiben und für Detailregelungen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

BMin Fezer unterrichtet über die Umsetzung der Förderverbesserungen für die freien Träger aus den Haushaltsplanberatungen 2016/2017. StRin Ripsam (CDU) wundert sich über das späte Erscheinungsdatum dieser Vorlage. Frau Dr. Heynen (JugA) erklärt, die Fördergrundsätze sollten formal geändert werden. Vor diesem Hintergrund habe sich die Verwaltung mit den freien Trägern beraten, sei aber noch zu keinem Abschluss gekommen. Ergänzend erwähnt die Vorsitzende, es sei beabsichtigt, öffentlich-rechtliche Verträge abzuschließen, weswegen ein Verhandlungsprozess begonnen worden sei. Da zur Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Verträge noch weiterer Abstimmungsbedarf mit den freien Trägern notwendig sei, würden mit dieser Vorlage lediglich die finanzrelevanten Beschlüsse aus den Haushaltsplanberatungen beschlossen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB-KB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN